

KV-Nr.: 2576

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt)
aus 10 Blatt und ist vollständig
durchnummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf
Vollständigkeit zu überprüfen.

2576

1

Werner van Hoerendal
Rechtsanwalt
zugelassen am Landgericht Krefeld

Dr. Jens Klinger
Rechtsanwalt

Hans-Peter Bauer
Steuerberater

Rechtsanwalt W. van Hoerendal · Postfach 78 · 47862 Willich

Amtsgericht Krefeld
Nordwall 131

47798 Krefeld

in Bürogemeinschaft

Willicher Straße 14
47877 Willich
Telefon 0 21 54 / 59 83 u. 8 66 64
Telefax 0 21 54 / 8 66 78



Datum 19.06.2001
v.H.-ba 341/01

Klage

des Rentners Udo Strohm, Zum Schickerhof 90, 47877 Willich,

- Kläger -

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte van Hoerendal, Willicher Straße 14, 47877 Willich,

g e g e n

die Seniorensportgemeinschaft Willich e.V., Neersener Str. 14, 47877 Willich, vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch den 2. Vorsitzenden Horst Müssen, Tupsheide 20, 47877 Willich und die Schriftführerin Irene Meinberger,

- Beklagte -

w e g e n Feststellung.

Namens und im Auftrage des Klägers erheben wir Klage gegen die Beklagte und beantragen

festzustellen, dass der Kläger weiterhin Mitglied der Seniorensportgemeinschaft Willich e.V. ist.

Begründung:

Die Seniorensportgemeinschaft Willich e.V. wurde 1993 gegründet. Der Verein ist unter dem Aktenzeichen 6 VR 482 im Vereinsregister des Amtsgerichts Krefeld eingetragen.

Der Kläger ist seit der Gründung des Vereins dessen 1. Vorsitzender.

A2 4 C 350 / 01

Postbank Köln
Konto 2565 17-587 (BLZ 370 100 50)

Sparkasse Krefeld
Konto 54 105 762 (BLZ 320 500 00)

Am 12.03.2001 haben der 2. Vorsitzende Horst Müssen, die Schriftführerin Irene Meinberger und der Kassenwart Johannes Kipper beantragt, den 1. Vorsitzenden mit sofortiger Wirkung aus der SSG Willich e.V. auszuschließen. Dieses Schreiben war an den Kläger adressiert. Angeblich ist dann in einer Vorstandssitzung am 25.03.2001 der Beschluss gefasst worden, den Kläger aus dem Verein auszuschließen. Wer an der Sitzung teilgenommen hat und welches Ergebnis die Abstimmung hatte, ist dem Kläger nicht bekannt, da er bei der Vorstandssitzung nicht anwesend war.

Gem. § 4 der Satzung ist ein Antrag auf Ausschluss eines Mitglieds beim Vorstand zu stellen. Der Vorstand hat den Antrag zu prüfen, dem vom Ausschluss bedrohten Mitglied Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben und alle erforderlichen Feststellungen zu treffen. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand mit Stimmenmehrheit.

Es ist offensichtlich, dass bei dem "Ausschlussverfahren" die Bestimmungen der Satzung nicht eingehalten worden sind. Der Vorstand konnte nicht ohne Mitwirkung des Klägers entscheiden. Schließlich ist der Kläger von den Mitgliedern zum Vorsitzenden bestimmt worden. Ein wirksamer Ausschluss liegt somit nicht vor.

Daher ist der Klage stattzugeben.

Beglaubigte und einfache Abschriften anbei.

Rechtsanwalt

van Hoerenda

Rechtsanwälte Toepfer & Dr. Lewinski * Rosenstr. 55 * 47807 Krefeld

An das
Amtsgericht Krefeld

Nordwall 131

47798 Krefeld



Rosenstr. 55
47807 Krefeld

Telefon (02151) 4 24 07/ 08
Telefax (02151) 5 52 83
Datum: 05.07.1999

Krefeld, den 09. Juli 2001

In dem Rechtsstreit

Strohm ./ Seniorensportgemeinschaft Willich e.V.

4 C 350/01

zeigen wir an, dass wir die Beklagte vertreten. Wir werden beantragen,

die Klage abzuweisen.

Begründung:

Die Klage ist schon unzulässig. Denn die Klageschrift wurde der Beklagten nicht ordnungsgemäß zugestellt. Sie wurde zwar am 28.06.2001 dem 2. Vorsitzenden Herrn Müssen zusammen mit der Ladung zum frühen ersten Termin am 03.09.2001 zugestellt. Dagegen haben weder die in der Klageschrift genannte Frau Meinberger noch der Kassenwart der Beklagten, Herr Kipper, ein Exemplar der Klageschrift erhalten.

Außerdem ist die Klage unbegründet. Der Kläger ist nicht mehr Mitglied der Beklagten, weil er wirksam aus der Seniorensportgemeinschaft Willich e.V. ausgeschlossen worden ist.

Beim Ausschluss sind die Bestimmungen der Satzung eingehalten worden. Der Kläger wurde aus der Beklagten ausgeschlossen, weil er den durch Beschluss festgesetzten erhöhten Jahresbeitrag nicht zahlen wollte, sondern lediglich den bisherigen, niedrigeren Beitrag. In der Hauptversammlung vom 09.11.2000 war einstimmig beschlossen worden, die Beiträge für 2001 auf monatlich DM 5,-- pro Mitglied zu erhöhen. Außerdem sollten die Beiträge aus Vereinfachungsgründen im Banklastverfahren eingezogen werden.

Beweis im Bestreitensfall:

Protokoll der Jahreshauptversammlung vom 09.11.2000.

Gem. § 4 der Satzung kann ein Mitglied ausgeschlossen werden, wenn gegen die Beschlüsse der Mitgliederversammlung oder des Vorstandes verstoßen wird. Nach § 6 c dieser Satzung hatte der Kläger die Pflicht, den festgesetzten Mitgliedsbeitrag zu entrichten.

Beweis: Satzung der Seniorensportgemeinschaft Willich e.V. vom 25.10.1993 (Anlage 1).

Die Beklagte hat zweimal versucht, den Jahresbeitrag des Klägers für 2001 von seinem Konto abbuchen zu lassen. Der Kläger hat diese Abbuchung jedoch wieder stornieren lassen.

Beweis: Zeugnis des Johannes Kipper, zu laden über die Beklagte.

Daraufhin stellten der 2. Vorsitzende Horst Müssen, die Schriftführerin Irene Meinberger und der Kassenwart Johannes Kipper am 12.03.2001 schriftlich den Antrag, den Kläger aus der Seniorensportgemeinschaft Willich e.V. mit sofortiger Wirkung auszuschließen.

Beweis: Schreiben vom 12.03.2001 (Anlage 2).

Dieser Antrag wurde allen Vorstandsmitgliedern übergeben. Auch der Kläger erhielt ein Exemplar.

In der Vorstandssitzung am 25.03.2001 sollte dem Kläger Gelegenheit gegeben werden, sich zu dem beantragten Ausschluss zu äußern (§ 4 Abs. 2 der Satzung). Der Kläger nahm diese ihm eingeräumte Gelegenheit zur Aussprache jedoch nicht wahr. Er erschien trotz Einladung und Bitten nicht zu dieser Vorstandssitzung.

Beweis: Zeugnis des Ansgar Klute und des Franz Platte, zu laden über die Beklagte.

Der Vorstand beschloss daher auf den vorliegenden Antrag hin einstimmig den Ausschluss des Klägers wegen Nichtzahlung des Jahresbeitrages.

Bei dem Ausschluss des Klägers sind alle Bestimmungen der Satzung eingehalten worden, so dass er wirksam ist. Die Klage ist daher abzuweisen.



Rechtsanwalt

SENIORENSPORTGEMEINSCHAFT WILlich E.V.

SATZUNG VOM 25.10.1993

§ 1 - § 3

Von einem Abdruck wurde abgesehen.

§ 4 Ausschluss aus der SSG

1. Der Ausschluss eines Mitgliedes kann erfolgen, wenn
 - a) es das Ansehen der SSG schädigt oder sich gegen die allgemeinen Interessen der SSG stellt,
 - b) es gegen die Beschlüsse der Mitgliederversammlung oder des Vorstandes verstoßen hat.
2. Der Antrag auf Ausschluss eines Mitgliedes ist beim Vorstand zu stellen. Der Vorstand hat die Pflicht, den Antrag gewissenhaft zu prüfen, dem vom Ausschluss bedrohten Mitglied Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben und alle erforderlichen Feststellungen zu treffen. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand mit Stimmenmehrheit. Gegen die Entscheidung ist Berufung an die nächste Mitgliederversammlung möglich.
3. Während der Dauer des Ausschlussverfahrens ruhen Rechte und Pflichten des Mitgliedes.

§ 5

Von einem Abdruck wurde abgesehen.

§ 6 Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder sind insbesondere verpflichtet:

- a) ...
- b) ...
- c) die durch Beschluss der Mitgliederversammlung festgelegten Beiträge zu entrichten.

§ 7 Organe des Vereins

1. Organe des Vereins sind
 - a) der Vorstand,
 - b) die Mitgliederversammlung.
2. Der Vorstand ist Geschäftsträger des Vereins und wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 2 Jahren gewählt.

§ 8

Von einem Abdruck wurde abgesehen.

§ 9 Mitgliederversammlung

1. Die den Mitgliedern bezüglich der Vereinsleitung zustehenden Rechte werden in der Mitgliederversammlung als oberstes Organ des Vereins ausgeübt.
2. Die Mitgliederversammlung soll alljährlich einmal einberufen werden. Die Einberufung erfolgt schriftlich durch den 1. Vorsitzenden mit einer Einberufungsfrist von 14 Tagen.
3. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn 20% der Mitglieder es fordern.

§ 10 Aufgaben der Mitgliederversammlung

Der Mitgliederversammlung steht die oberste Entscheidung in allen Vereinsangelegenheiten zu, soweit sie nicht satzungsmäßig anderen Organen übertragen ist. Seiner Beschlussfassung unterliegen insbesondere:

- a) Wahl der Vorstandsmitglieder,
- b) Wahl der Fachausschüsse,
- c) Wahl der Kassenprüfer,
- d) Ernennung der Ehrenmitglieder,
- e) Festsetzung der Beiträge für das kommende Jahr,
- f) Erlass oder Änderung der Satzung.

§ 11

Von einem Abdruck wurde abgesehen.

§ 12 Vorstand

1. Vorstand i.S. des § 26 BGB sind der 1. Vorsitzende, der 2. Vorsitzende, der Kassenwart und der Schriftführer. Der 1. Vorsitzende ist zur alleinigen Vertretung des Vereins berechtigt. Der 2. Vorsitzende kann den Verein gemeinsam mit dem Kassenwart oder dem Schriftführer vertreten.
2. ...
3. ...
4. Der Vorstand ist ermächtigt, beim Ausscheiden von Mitgliedern aus dem Vorstand das verwaiste Amt bis zur nächsten Mitgliederversammlung durch geeignete Mitglieder des Vereins zu besetzen.

§ 13

....

Von einem Abdruck der weiteren Satzung
wurde abgesehen.

SENIORENSPORTGEMEINSCHAFT WILlich E.V.

2. Vorsitzender
Horst Müssen
Tupsheide 20
47877 Willich

Horst Müssen Tupsheide 20 47877 Willich

Per Einschreiben / Rückschein

Herrn
Udo Strohm
Zum Schickerhof 90
47877 Willich

Willich, 12.03.2001

Hiermit stellen wir, die Unterzeichnenden, den Antrag, den 1. Vorsitzenden, Herrn Udo Strohm, Zum Schickerhof 90, 47877 Willich, aus der SSG Willich e.V. mit sofortiger Wirkung auszuschließen.

Begründung:

1. Wiederholte Weigerung zur Bezahlung des beschlossenen Mitgliedsbeitrages - § 4 Abs. 1b der Satzung vom 25.10.1993;
2. Schädigung des Ansehens der SSG Willich - § 4 Abs. 1a der Satzung vom 25.10.1993.

Gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung der SSG vom 25.10.1993 ruhen während des Verfahrens alle Rechte und Pflichten des Mitglieds.


Horst Müssen


Irene Meinberger


Johannes Kipper

Werner van Hoerendal
Rechtsanwalt
zugelassen am Landgericht Krefeld

Dr. Jens Klinger
Rechtsanwalt

Hans-Peter Bauer
Steuerberater

8

Rechtsanwalt W. van Hoerendal · Postfach 78 · 47862 Willich

Amtsgericht Krefeld
Nordwall 131
47798 Krefeld



in Bürogemeinschaft
Willicher Straße 14
47877 Willich
Telefon 0 21 54 / 59 83 u. 8 66 64
Telefax 0 21 54 / 8 66 78

Datum
24.08.2001
v.H.-ba 341/01

In dem Rechtsstreit

Strohm ./ Seniorensportgemeinschaft Willich e.V.

- Az. 4 C 350/01 -

ergeben sich aus dem Schriftsatz der Beklagten vom 09.07.2001 keine neuen Erkenntnisse. Durch den von der Gegenseite dargestellten Ablauf des Geschehens wird der Vortrag des Klägers bestätigt.

Der Ausschluss des Klägers aus dem Verein steht nicht im Einklang mit der Vereinsatzung. Es kann nicht zulässig sein, dass der 2. Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassenwart ohne Mitwirkung der Mitgliederversammlung oder des 1. Vorsitzenden diesen aus dem Verein ausschließen und ihm damit sein Amt entziehen. Diese Entscheidung ist daher als null und nichtig anzusehen.

Soweit der Ausschluss damit begründet wird, der Kläger habe den erhöhten Jahresbeitrag nicht zahlen wollen, ist dies unzutreffend. Der Kläger ist nach seiner Auffassung zur Zahlung dieses erhöhten Beitrages nicht verpflichtet. Erhöht worden ist lediglich der Beitrag für Einzelmitglieder des Vereins. Der Kläger ist aber bereits seit Gründung des Vereins gemeinsam mit seiner Ehefrau Vereinsmitglied und zahlt daher den reduzierten Familienbeitrag. Dieser ist entgegen der Ansicht der übrigen Vereinsmitglieder auf der Jahreshauptversammlung am 09.11.2000 nach Auffassung des Klägers weder erhöht noch abgeschafft worden. Der Kläger hat daher zu Recht die Lastschriftbuchungen für sein Konto in Höhe von 120.-- DM (60.-- DM für den Kläger und 60.-- DM für dessen Ehefrau) Anfang Januar und Anfang März 2001 zurückgegeben und lediglich den Jahresfamilienbeitrag in Höhe von 76.-- DM am 06.03.2001 überwiesen.

Schließlich dürfte es auch unerheblich sein, dass die Klageschrift nur an Herrn Müssen zugestellt wurde. Es wäre ein unnötiger Aufwand, die Zustellung an jedes Vorstandsmitglied zu bewirken.

Rechtsanwalt *W. van Hoerendal*

Postbank Köln
Konto 2565 17-587 (BLZ 370 100 50)

Sparkasse Krefeld
Konto 54 105 762 (BLZ 320 500 00)

Öffentliche Sitzung des Amtsgerichts
Geschäftsnummer: 4 C 350/01

Ort, Datum
Krefeld, den 03.09.2001

Gegenwärtig:

Richterin am Amtsgericht Schneider
als Richter

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Auf die Hinzuziehung eines Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wurde verzichtet, vorläufig aufgezeichnet auf Tonträger gem. §§ 159, 160a ZPO.

In dem Rechtsstreit
Strohm ./.. Seniorensportgemeinschaft Willich

erschieden bei Aufruf:

1. der Kläger und Rechtsanwalt von Hoerendal,
2. für die Beklagte Rechtsanwalt Toepfer.

Der Klägervertreter stellte den Antrag aus der Klageschrift vom 19.06.2001.

Der Beklagtenvertreter beantragte Klageabweisung.

Die Sach- und Rechtslage wurde erörtert.

Der Beklagtenvertreter erklärte, dass im Hinblick auf diesen Rechtsstreit bisher kein neuer 1. Vorsitzender gewählt worden ist.


b.u.v.

Eine Entscheidung ergeht am Schluß der Sitzung.

**Von einem Abdruck der am Schluss der Sitzung
verkündeten Entscheidung wurde abgesehen.**


(Schneider, Richterin am Amtsgericht)

Für die Richtigkeit
der Übertragung vom
Tonträger


Bauer, Justizange-
stellte als Urkunds-
beamtin der Ge-
schäftsstelle

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung des Gerichts ist vorzuschlagen.

Wird ein rechtlicher Hinweis für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass dieser ordnungsgemäß erfolgt ist.

Werden eine richterliche Aufklärung oder eine Beweiserhebung für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass diese ordnungsgemäß erfolgt und ohne Ergebnis geblieben sind.

Von einer Entscheidung über die Kosten und die vorläufige Vollstreckbarkeit ist abzusehen, soweit es sich dabei um Nebenentscheidungen handelt.

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung, soweit sich nicht aus dem Sachverhalt etwas anderes ergibt.

Willich liegt im Bezirk des AG und LG Krefeld.

Dem Vortrag liegt die Austauschprüfungsaufgabe Niedersachsen 3091 zugrunde. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

Die Klage dürfte zulässig und begründet sein.

A. Zulässigkeit

I. Ordnungsgemäße Klageerhebung

1. Die Zustellung der Klageschrift nur an den 2. Vorsitzenden der Beklagten dürfte ordnungsgemäß sein. Da die Beklagte als eingetragener Verein zwar nach § 21 BGB rechtsfähig und damit parteifähig (§ 50 Abs. 1 ZPO; Thomas/Putzo, ZPO, 23. Aufl. 2001, § 50 Rn. 3), aber nicht prozessfähig ist (Thomas/Putzo § 52 Rn. 4; § 51 Rn. 3, 6), war nach § 171 Abs. 1 ZPO die Zustellung an ihren gesetzlichen Vertreter zu bewirken. Gesetzlicher Vertreter eines Vereins ist der Vorstand (§ 26 Abs. 2 S. 1, 1. Hs. BGB), der hier allerdings gemäß § 12 Nr. 1 S. 1 der Vereinssatzung mehrere Personen umfasst. In diesem Fall genügt nach § 171 Abs. 3 ZPO die Zustellung an eines dieser Vorstandsmitglieder, auch wenn diese Vorstandsmitglieder zum Teil nur Gesamtvertretungsmacht haben.

2. Die Klageschrift dürfte den Anforderungen des § 253 Abs. 2 Nr. 1, Abs. 4 i.V.m. § 130 Nr. 1 ZPO genügen. Der gesetzliche Vertreter der Beklagten ist korrekt angegeben. Denn gemäß § 12 Nr. 1 der Vereinssatzung vom 25.10.1993 ist nicht nur der 1. Vorsitzende, sondern auch der 2. Vorsitzende gemeinsam mit dem Schriftführer zur Vertretung des Vereins berechtigt.

II. Das Amtsgericht dürfte gemäß § 23 Nr. 1 GVG sachlich zuständig sein. Der Streitwert, der gemäß §§ 3 ZPO, 12 Abs. 2 S. 1 GKG zu schätzen ist (vgl. Thomas/Putzo § 23 GVG Rn. 8), da es sich wohl um eine nichtvermögensrechtliche Streitigkeit handelt (vgl. Thomas/Putzo Einl. IV Rn. 3, 4), dürfte angesichts der Höhe des Jahresbeitrags und des Vereinszwecks jedenfalls nicht über 10.000,- DM liegen.

III. Feststellungsinteresse

Das für eine Feststellungsklage gem. § 256 Abs. 1 ZPO erforderliche besondere Feststellungsinteresse des Klägers dürfte vorliegen. Die Frage der fortbestehenden Mitgliedschaft betrifft das Bestehen eines Rechtsverhältnisses zwischen dem Kläger und der SSG. Der Kläger hat wohl auch ein rechtliches Interesse an der beantragten Feststellung, da durch das Bestreiten seitens der SSG eine tatsächliche Unsicherheit über das Fortbestehen dieses Rechtsverhältnisses besteht, die anders nicht beseitigt werden kann.

B. Begründetheit

Die Klage dürfte begründet sein und zwar unabhängig von der Frage, ob die Weigerung des Klägers, den erhöhten Mitgliedsbeitrag für 2001 zu zahlen, einen Verstoß gegen die Satzung darstellt. Denn der Ausschluss des Klägers aus dem Verein dürfte bereits aus formalen Gründen unwirksam sein, da nicht das zuständige Organ entschieden hat. Der Ausschluss wurde von den übrigen Vorstandsmitgliedern in der Vorstandssitzung am 25.03.2001 beschlossen. Der Vorstand war dafür aber wohl nicht zuständig.

Zwar entscheidet gemäß § 4 Nr. 2 S. 3 der Vereinssatzung vom 25.10.1993 der Vorstand mit Stimmenmehrheit über den Ausschluss eines Mitgliedes. Dies dürfte aber nicht für den Ausschluss des Klägers gelten, da dieser 1. Vorsitzender des Vereins und damit Vorstandsmitglied war. Für den Ausschluss eines Vorstandsmitgliedes dürfte ausschließlich die Mitgliederversammlung zuständig sein (vgl. BGHZ 90, 92, 94 f.; Palandt-Heinrichs, BGB, 60. Aufl. 2001, § 25 Rn. 16). Denn nach §§ 7 Nr. 2, 10 a) der Satzung, die der gesetzlichen Regel des § 27 Abs. 1 BGB entsprechen, wird der Vorstand von der Mitgliederversammlung gewählt. Damit ist wohl auch nur die Mitgliederversammlung zuständig für den Widerruf der Bestellung (Palandt-Heinrichs § 27 Rn. 2). Diese Zuständigkeit würde unterlaufen, wenn der übrige Vorstand ein Vorstandsmitglied aus dem Verein ausschließen könnte. Denn der Ausschluss aus dem Verein bewirkt ebenfalls das Ende des Vorstandsamtes (Palandt-Heinrichs § 27 Rn. 3).

Textkontrolle: BGB, GVG, ZPO.